

II-4888 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des NationalratesXIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 243813

1979 -03- 12

A N F R A G E

der Abgeordneten MELTER, DR.SCHMIDT

an den Herrn Bundesminister für Verkehr

betreffend Seniorenausweise der ÖBB - Benachteiligung der Kriegso-
pfer

Die aus sozialen Gründen geschaffenen gesetzlichen Befreiungsbe-
stimmungen (Telefongrundgebühr, Rundfunk- bzw. Fernsehgebühr) ebenso
wie das Ausgleichszulagenrecht der Sozialversicherung sehen vor, daß
die Grundrenten nach dem KOVG bei der Feststellung des Einkommens
außer Betracht gelassen werden. Demgegenüber sind Kriegso-
pfer bzw. Kriegerwitwen mit Zusatzrente von der unentgeltlichen Abgabe
der Berechtigungsmarke für die Seniorenermäßigung der ÖBB ausgeschlos-
sen. Diese Regelung steht im krassen Gegensatz nicht nur, wie erwähnt,
zu gesetzlichen Befreiungsbestimmungen, sondern auch zur Funktion der
Kriegso-
pfer-Grundrente, die ja eine Entschädigung bzw. Anerkennung
des im bzw. durch den Krieg erbrachten Opfers durch den Staat darstellt;
auch kann sie wohl kaum als sozial bezeichnet werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-
minister für Verkehr die

A n f r a g e :

Werden Sie sich dafür einsetzen, daß seitens der ÖBB in Hinkunft bei
der unentgeltlichen Abgabe der Berechtigungsmarke für die Seniorener-
mäßigung die Kriegso-
pfer-Grundrenten nicht mehr als anrechenbares Ein-
kommen betrachtet werden ?